



Bern, 3. September 2021

Medienmitteilung

Forderungen der Kommission für Arbeit und Absicherung

Gestern hat die Kommission für Arbeit und Absicherung im Vorfeld der Frauensession zum zweiten Mal getagt. Die 29 Kommissionsteilnehmenden fordern u.a. ein Bundesamt für Gleichstellung und Familien, eine Elternzeit sowie die Schaffung eines Infrastrukturfonds für familienexterne Kinderbetreuungsangebote. Die ausgearbeiteten Forderungen werden nun in die Frauensession getragen, die am 29. und 30. Oktober stattfindet.

Mit Blick auf die Bundeshauskuppel diskutierten gestern 29 Kommissionsteilnehmende engagiert und intensiv über die Themen Arbeit und Altersvorsorge. Unter der Leitung der Co-Präsidentinnen Kathrin Bertschy (Nationalrätin GLP, Co-Präsidentin alliance F) und Claudine Esseiva (Co-Präsidentin Business and Professional Women BPW) hat die Kommission folgende drei Schwerpunkte gelegt: Bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Stärkung der Altersvorsorge sowie Fortschritte bei Gleichstellung in der Erwerbsarbeit.

Konkret fordert die Kommission unter anderem, einen Infrastrukturfonds für familienexterne Kinderbetreuungsangebote zu schaffen, die Kontrollen zur Lohngleichheit zu verschärfen, eine Elternzeit einzuführen und in der Altersvorsorge die zweite Säule für Frauen zu verbessern. Wichtig war der Kommission auch, die Gleichstellung und die Familienpolitik innerhalb der Bundesverwaltung zu stärken. Aus diesem Grund fordert sie, das eidgenössische Büro für Gleichstellung in ein Bundesamt für Gleichstellung und Familie umzuwandeln, damit – wie in anderen Ländern auch – diesen bedeutenden Themen mehr Ressourcen gewidmet werden.

Die Anträge der Kommission werden dem Plenum am 29. und 30. Oktober vorgelegt.

Kontakt für Medienanfragen:

Kathrin Bertschy
Co-Präsidentin der Kommission
Mail: kathrin.bertschy@parl.ch
Tel.. 078 667 68 85



Claudine Esseiva
Co-Präsidentin der Kommission
Mail: claudine.esseiva@bpw.ch
Tel 078 801 99 99

Was ist die Frauensession?

2021 ist es fünfzig Jahre her, seit die Frauen in der Schweiz das eidgenössische Stimm- und Wahlrecht erhalten haben. Noch ist es aber nicht gelungen, dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen politische Entscheidungen treffen. In fast allen politischen Gremien stellen Frauen nach wie vor eine Minderheit. Auch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist immer noch nicht realisiert.

Das muss sich ändern. An der Frauensession 2021 werden Frauen aus der ganzen Schweiz während zwei Tagen im Nationalratsaal gleichstellungsrelevante Themen besprechen und anschliessend ihre konkreten Forderungen Bundesrat und Parlament übergeben. Es wird nach der Frauensession 1991 der zweite solcher Anlass sein.

Organisiert wird die Frauensession von alliance F - der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, den Evangelischen Frauen Schweiz EFS, dem Schweizerischen Bäuerinnen und Landfrauenverband SBLV, dem Dachverband Schweizerischer Gemeinnütziger Frauen SGF, dem SKF Schweizerischen Katholischen Frauenbund und der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF, in Zusammenarbeit mit den Parlamentsdiensten.

<https://de.alliancef.ch/frauensession>